



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

**11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Raum 4341**

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann.wk01@bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann.wk02@bundestag.de

Berlin, 14. Januar 2015

Bericht aus Berlin 1/2015

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die furchtbaren Terroranschläge in Frankreich in der vergangenen Woche haben uns zutiefst entsetzt und erschüttert. Wir trauern um die unschuldigen Opfer. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gehören ihren Angehörigen und Hinterbliebenen. Dem französischen Volk stehen wir in dieser schweren Stunde solidarisch zur Seite.

Freiheit und Demokratie entschlossen verteidigen

Die niederträchtigen Morde sind ein Angriff auf unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft. Auf diese Bedrohung gibt es nur eine richtige Antwort: Wir werden unsere Werte entschlossen verteidigen. Unsere Antwort heißt: mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit. Dem blinden Hass der Extremisten haben weit über eine Million Menschen am



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

Sonntag in Paris ein beeindruckendes Zeichen der Toleranz, Geschlossenheit und des friedlichen Miteinanders aller Religionen entgegengesetzt.

Wir stehen fest an der Seite der überwältigenden Mehrheit der friedlich lebenden Muslime in unserem Land, die sich klar von Terror und Gewalt distanzieren. Sie sind ein fester Teil unserer Gesellschaft und gehören zu uns! Wir müssen verhindern, dass die Demagogen von Pegida und AfD die Anschläge für ihre Zwecke instrumentalisieren. Indem sie Stimmung gegen die friedlich lebenden Muslime machen, treiben sie einen gefährlichen Keil in unsere Gesellschaft. Damit spielen sie den Terroristen in die Hände. Denn deren Ziel ist es, Angst und Misstrauen zu schüren und den Islam für ihre menschenverachtenden Verbrechen und Machtphantasien zu missbrauchen. Das werden wir nicht zulassen. Tatsache ist: In vielen Teilen der Welt sind es vor allem Muslime, die unter dem islamistischen Terror leiden und aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Schutz vor Terror wirksam verstärken

Jeder Mensch muss in Deutschland in Frieden und ohne Angst leben können. Die Sicherheit in unserem Land werden wir deshalb mit allen Mitteln des Rechtsstaats verteidigen. Dort wo es notwendig ist, werden wir zügig handeln und den Schutz vor terroristischen Anschlägen wirksam verstärken. Noch im Januar wird Justizminister Heiko Maas ein Maßnahmenpaket vorlegen, das die Reise von Islamisten in Terrorcamps härter unter Strafe stellt. Auch wird künftig jegliche finanzielle Unterstützung von Terrororganisationen, etwa durch Spenden, strafbar sein. Wir werden zudem die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit ausreisewilligen Dschihadisten der Personalausweis entzogen werden kann.

Potenzielle Gefährder und gewaltbereite Rückkehrer aus Kriegsgebieten müssen lückenlos überwacht werden. Wir werden deshalb prüfen, ob unsere Sicherheitsbehörden über das hierfür erforderliche Personal und technische Ausstattung verfügen. Auch ist eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene notwendig. Begleitend zu den Maßnahmen zur akuten Terrorabwehr bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa schon in den Anfängen zu verhindern.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 3 -

Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen

Auf unserer Jahresauftaktklausur in der vergangenen Woche haben wir uns mit dem Thema Zuwanderung beschäftigt. In den irrationalen Ressentiments gegen eine vermeintliche Überfremdung unserer Gesellschaft drückt sich vielfach ein Unbehagen gegenüber Zuwanderung aus. Eine fatale Fehlwahrnehmung in einem Land, das wirtschaftlich auf Zuwanderung angewiesen ist. Fakt ist: Aufgrund der Alterung unserer Gesellschaft wird Deutschland in den kommenden Jahren jährlich rund 400.000 Arbeitskräfte verlieren. Diese Lücke lässt sich weder durch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen noch durch die Nachqualifizierung von Beschäftigten und Arbeitslosen schließen. Deshalb brauchen wir unbedingt die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, auch um die Renten in einer alternden Gesellschaft künftig finanzieren zu können. Daher sagen wir klar und deutlich: Wer gegen Zuwanderung agitiert, gefährdet unseren Wohlstand und setzt unsere Renten aufs Spiel!

Deutschland ist längst schon ein Einwanderungsland. Eine ehrliche Debatte, die die Vorteile der Zuwanderung deutlich macht, ohne die Probleme zu verschweigen, ist überfällig. Wir brauchen zudem klare Regeln, welchen Arbeitskräften mit welchen Qualifikationen wir künftig die Zuwanderung unter welchen Bedingungen ermöglichen wollen. Klar ist: Unser Arbeitsmarkt muss sich stärker als bisher für Menschen mit ausländischen Abschlüssen öffnen. Wir wollen deshalb ein neues Einwanderungsgesetz, das einen klaren und übersichtlichen Rahmen für die Zuwanderung schafft. Nur so können wir im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe und die besten Fachkräfte bestehen.

Neben der gezielten Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte muss Deutschland auch in Zukunft seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufnehmen. Damit diese Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen, müssen sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden - zumal viele gut ausgebildete Handwerker und Akademiker unter ihnen sind. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass Asylsuchende künftig bereits nach 3 Monaten eine reguläre Arbeit aufnehmen können. Zudem wollen wir die frühzeitige Förderung von Sprachkompetenz intensivieren sowie die gezielte Arbeitsvermittlung von Flüchtlingen und Einwanderern stärken.

Details: www.iab.de und <http://www.siegmund-ehrmann.de/details/684/2/>



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 4 -

SPD bleibt auch 2015 Motor der großen Koalition

Der Blick auf unser Arbeitsprogramm der kommenden Monate macht deutlich: Die SPD bleibt auch 2015 die treibende Kraft in der großen Koalition. Wir werden zügig weitere Punkte des Koalitionsvertrags umsetzen, um das Leben der Menschen konkret zu verbessern und unsere Gesellschaft zu modernisieren. Wir wollen den Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen, die Situation von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern verbessern und die Lohngleichheit von Frauen und Männern vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir mit 10 Mrd. Euro zusätzlichen Investitionen, einem neuen öffentlichen Vergaberecht und dem Abbau unnötiger Bürokratie unsere Wirtschaft weiter auf Erfolgskurs halten.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 5 -

2. ZUR WOCHE

TOP 3: Zivile Krisenprävention intensivieren

Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ist zu einem Kennzeichen deutscher Außen- und Friedenspolitik geworden. Deutschland hat inzwischen bei der Entwicklung und Verbreitung ziviler krisenpräventiver Instrumente weltweit eine Führungsposition eingenommen. Zivile Krisenprävention bedeutet, vorsorgend in Frieden und Stabilität zu investieren, etwa durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung, die Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft. Der vorliegende vierte Bericht der Bundesregierung zieht eine Bilanz der Jahre 2010 bis 2014 und stellt die Schwerpunkte der zivilen Krisenprävention in der 18. Wahlperiode dar. Wir werden die Bundesregierung darin unterstützen, die Krisenprävention und Konfliktbearbeitung noch weiter zu intensivieren und die Kooperation und Koordination mit den internationalen Partnern Deutschlands weiter auszubauen sowie die friedenspolitische Arbeit nationaler und lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure weiter fördern.

TOP 4: Gesunde Ernährung stärken - Lebensmittel wertschätzen

Immer mehr Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien sind von Fehlernährung betroffen. Daher beraten wir in dieser Woche über einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur gesunden Ernährung. Dieser nimmt die Programme zur Ernährungsbildung und die Qualität der Verpflegung in Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen in den Blick. Dort soll die Qualität u.a. durch einen Ernährungs-TÜV und eine stärkere Verpflichtung der Anbieter auf Qualitätsstandards verbessert werden. Außerdem soll gesunde Ernährung in der nationalen Präventionsstrategie im Rahmen der Erarbeitung des Präventionsgesetzes eine besondere Rolle spielen.

TOP 6: Irak im Kampf gegen IS durch Ausbildungsmission unterstützen

Die grausamen Gewalttaten der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) entsetzen uns. Deutschland hat bereits über 100 Mio. Euro an humanitärer und struktureller Übergangshilfe geleistet, um die katastrophale Lage der Menschen vor Ort zu lindern. Das zivile Engagement hat auch künftig bei unserer Hilfe für den Nord-Irak oberste Priorität. Damit die humanitären Hilfen überhaupt ihre Wirkung entfalten können, haben wir im September auf Bitten der irakischen Regierung beschlossen, auch militärische Schutzausrüstung und Waffen zu liefern.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 6 -

Damit sind wir dem Aufruf des UNSicherheitsrats an die internationale Staatengemeinschaft gefolgt, dem Irak im Kampf gegen den IS-Terror zu helfen. In dieser Woche beraten wir über ein Mandat für eine Ausbildungsmission, um die uns der Irak ausdrücklich gebeten hat. Gemeinsam mit anderen europäischen Partnern wollen wir den Irak unterstützen, Sicherheitskräfte im Nordirak auszubilden, z.B. bei der Minenräumung. Deutschland handelt damit klar im Rahmen der Bemühungen der UN. Konkret will die Bundesregierung bis zu hundert Soldatinnen und Soldaten in den Nord-Irak entsenden - räumlich beschränkt auf die Region Kurdistan/Irak und zeitlich auf ein Jahr befristet. Die Soldatinnen und Soldaten werden wie üblich zum Selbstschutz befähigt.

TOP 7: Schutz der Türkei durch „Active Fence“ verlängern

Deutschland, die Niederlande (ab Januar 2015 abgelöst durch Spanien) und die USA tragen seit Januar 2013 im Rahmen der NATO-Mission „Active Fence“ mit jeweils zwei Feuereinheiten PATRIOT und dem zugehörigen Unterstützungspersonal dazu bei, die Ausweitung des Konflikts in Syrien auf die Türkei zu verhindern. Mit dem vorliegenden Antrag soll das Mandat für „Active Fence“ angesichts des anhaltenden Konflikts in Syrien bis zum 31. Januar 2015 verlängert werden. Die Rahmenbedingungen für den Einsatz bleiben hierbei unverändert: Die Personalobergrenze soll weiterhin bei 400 Soldatinnen und Soldaten liegen. (Derzeit beteiligt sich Deutschland mit rund 240 Soldaten an der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei.) Zudem bleibt der Einsatz rein defensiv und dient ausdrücklich nicht zur Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone über syrischem Gebiet.

TOP 9: 100 Jahre Bauhaus

Im Jahr 2019 begeht das Bauhaus seinen 100. Geburtstag. Mit dem Bauhaus ging von Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein weltweiter sozial-kultureller Aufbruch aus. Bis heute ist das Bauhaus in seiner internationalen Ausprägung der erfolgreichste kulturelle Exportartikel Deutschlands im 20. Jahrhundert. Der Antrag greift das maßgeblich von der SPD im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben auf, das Bauhaus-Jubiläum im Jahre 2019 „als Ereignis von nationaler und weltweiter Strahlkraft“ auch durch den Bund in Abstimmung mit den Ländern, Städten und den drei zentralen Bauhaus-Einrichtungen zu unterstützen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 7 -

TOP 11: Meldeverfahren in der sozialen Sicherung optimieren

Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten, soll im Wesentlichen das Meldeverfahren in den Sozialversicherungen verbessert werden. Durch die geplanten Änderungen soll der Erfüllungsaufwand in der sozialen Sicherung verringert werden, um Unternehmen wie auch Behörden von bürokratischem Aufwand zu befreien. Unter anderem sollen Bescheinigungsdaten künftig elektronisch an die Rentenversicherung übertragen werden können. Durch die Änderung von Definitionen sollen zudem die elektronischen Meldeverfahren rechtssicherer werden. Auch wird das Waisenrentenrecht an das Steuer- und Kindergeldrecht angeglichen und die Einkommensanrechnung vereinfacht.

TOP 13: Gesetzliche Regelung bei der Berufungsverwerfung anpassen

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der in 1. Lesung beraten wird, erfolgt eine gesetzliche Anpassung nach einem Urteil des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2012. Danach darf künftig die Berufung des Angeklagten in der Regel nicht mehr verworfen werden, wenn statt des Angeklagten ein entsprechend bevollmächtigter und vertretungsbereiter Verteidiger in einem Termin zur Berufungshauptverhandlung erschienen ist.

TOP 18: Bildung in Deutschland voranbringen

Der nationale Bildungsbericht ist ein indikatorgestützter Bericht einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Auftrag der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz. Er beschreibt Erfolge und Defizite in allen wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis zur Weiterbildung. Schwerpunkt des fünften Berichts ist das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Diese Akzentuierung in den politischen Schlussfolgerungen greift der gemeinsame Antrag von CDU/CSU und SPD auf. Darin werden u.a. die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Kita-Ausbau und der Ausbau der Bildungsforschung begrüßt.

TOP 20 a, b, und c: Östliche Partnerschaft intensivieren

Die Intensivierung der Beziehungen zu den östlichen Partnern bleibt eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen der Europäischen Union. Die geplanten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau sind ein entscheidender Schritt zum Ausbau der gegenseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Die Abkommen sollen die zivil- und rechtstaatliche Entwicklung in der



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 8 -

Ukraine, Georgien und der Republik Moldau unterstützen sowie Stabilität und Wohlstand in der Region stärken. Substanzieller Bestandteil der Abkommen ist die Einrichtung einer Freihandelszone. Zum Inkrafttreten bedarf es der Ratifikation sämtlicher EU-Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung setzt sich für ein rasches Inkrafttreten ein. In Deutschland bedarf das Abkommen der Zustimmung des Bundestages.

TOP 22: Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden mit Polen verbessern

Wir beraten in dieser Woche in erster Lesung Verbesserungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen im Polizei- und Zollbereich. Dazu haben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen am 15. Mai 2014 ein Abkommen unterzeichnet, mit dem die Zusammenarbeit vertieft wird. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht die Umsetzung dieses Abkommens vor.